

DER TAGESSPIEGEL

So viel Europa hat noch keine Regierung gewagt



VON HARALD SCHUMANN

Die Ampel will die EU demokratisieren und stellt die großen Fragen

Aufbruch, Wende, Transformation – dem Programm der neuen Bundesregierung fehlt es nicht an großen Worten. Das Pathos ist zwar an zentralen Punkten nicht durch konkrete Vorhaben gedeckt. Aber beim vielleicht wichtigsten Politikfeld bahnt sich tatsächlich ein fast schon revolutionärer Umbruch an: Der Umgang mit den Partnern und Institutionen in der EU soll sich gründlich ändern. Mangels Einigung zwischen Union und SPD hatte die GroKo da nur eine Leerstelle und verursachte jahrelang Stillstand. Viele Gesetzesvorschläge von der Frauenquote in Aufsichtsräten bis zum Ausbau des transeuropäischen Bahnverkehrs scheiterten am Merkel-Pflegma.

Jetzt dagegen benennt der Koalitionsvertrag quer durch alle Kapitel von der militärischen Sicherheit bis zur Finanzpolitik gleich auch die Positionen zu jeweils anstehenden europäischen Gesetzesvorhaben. Zudem wollen Scholz und seine Minister die lange schon überfällige Demokratisierung der EU vorantreiben. Demnach soll die bisher demotivativ ignorierte „Konferenz zur Zukunft Europas“ in einen „verfassungsgebenden Konvent münden“, um dann dem EU-Parlament endlich das Recht zu verschaffen, selbst Gesetze vorzuschlagen. Zugleich will die neue deutsche Regierung die Führung der EU-Kommission nicht mehr den Machtspielen der Regierungschefs überlassen, sondern sie künftig von Parlamentariern wählen lassen, die sich ihrerseits auf transnationalen Listen in der ganzen EU zur Wahl stellen anstatt nur in ihren heimatischen Wahlkreisen.

Der faule Kern der EU: Im Rat der Regierungen bleibt zu viel geheim

Vor allem aber bekennt sich die Scholz-Regierung erstmals zur Reform des faulen Kerns der EU-Verfassung: Der Rat der EU, also die Vertreter der 27 nationalen Regierungen, die parallel zum Parlament Europas Gesetze verhandeln, „muss transparenter werden“, heißt es dazu im Koalitionsvertrag. Das klingt harmlos, aber es hat Sprengkraft. Denn eben diesen zentralen Gesetzgebungsprozess in den mit nationalen Beamten besetzten 150 Ausschüssen des Rates halten die EU-Regierungen bislang systematisch geheim. Weder Journalisten noch Parlamentarier haben ein Recht zu erfahren, welche Regierung dort welche Position vertritt. Darum sei es „für die Bürger praktisch unmöglich, nachzuvollziehen, wie ein europäisches Gesetz zustande gekommen ist“, kritisiert Emily O'Reilly, die EU-Bürgerbeauftragte. Das aber „untergräbt ihr Recht, ihre gewählten Vertreter zur Rechenschaft zu ziehen“.

Das nutzt vor allem gut organisierten Lobbyisten. Um unliebsame Gesetze zu verhindern, reicht es, wenn sie mit Hilfe der jeweiligen Minister eines der großen Staaten eine Sperrminorität organisieren. Dafür reicht es schon, wenn die Neinsager 36 Prozent der Bevölkerung vertreten. In der Folge „werden immer wieder wichtige Gesetzesvorschläge im Rat einfach still beerdigt“, ohne dass die Bürger auch nur davon erfahren und die Verantwortlichen sich öffentlich rechtfertigen müssen, kritisiert Franziska Brantner, die bisherige Europapolitikerin und neue Staatssekretärin der Grünen schon seit Jahren. Künftig wollen sie und ihre Kollegen dafür streiten, den Rat zur öffentlichen Debatte aller Gesetzesvorschläge zu verpflichten.

So viel Europa hat bisher noch keine Bundesregierung gewagt. Das ist das Experiment der drei ungleichen Partner allemal wert.

STUTTMANN



Wieder mal Trauer bei den Karikaturisten ...

Und tappen weiter von Krise zu Krise?

Nach der Merkel-Ära sollte die Politik endlich mit dem strategischen Denken anfangen

VON JAMES BINDENAGEL UND ANDREAS HEINEMANN-GRÜDER

Wenn ein Haus brennt, haben Feuerwehrleute keine Zeit für Vorträge über die Brandherde der Zukunft. Auch Politiker, die strategisch voraussehen sollen, winken müde ab, sind sie doch eingedeckt mit laufenden Problemen, die sie eh schon überfordern. Dass deutsche Politik nicht strategiefähig ist, wird seit Langem beklagt. Im Koalitionsvertrag verpflichten sich die Regierungen nun immerhin, dass binnen Jahresfrist eine Sicherheitsstrategie vorgelegt wird. Die EU bedürfte strategischer Souveränität. Die Abstimmung der Ministerien soll verbessert werden, auch ohne Armin Laschet's Idee von einem Nationalen Sicherheitsrat.

Stellen wir uns vor, Russland führe erneut Krieg in der Ukraine. Was müssten wir heute tun? Stellen wir uns vor, Marine Le Pen gewönne in Frankreich und bereite den Austritt aus der EU vor. War müssten wir tun? Stellen wir uns vor, Islamisten eroberten Mali, Burkina Faso, Kamerun, Tschad, Niger und Nigeria – Afghanistan in der Sahelzone. Würde weiter von „Stabilisierung“ gefaselt? Stellen wir uns vor, die USA schritten militärisch gegen Chinas Landnahme von Taiwan ein, oder die Elektrizitätswerke in Deutschland würden durch russische Hacker lahmgelegt. Wie könnten solche Szenarien verhindert werden, und was, wenn die Ereignisse eintreten?

In der Vergangenheit haben alle Regierungsparteien, einmal an der Macht, stets Argumente gefunden, den Status quo fortzuschreiben. Das Ressortprinzip in Deutschland stünde dem Durchgriff des Kanzleramtes entgegen, heißt es. Die Staatssekretäre trafen sich ja ohnehin. Wir hätten doch den Bundessicherheitsrat. Im Auswärtigen Amt gibt es die Abteilung Krisenprävention, Stabilisierung, Konfliktnach-sorge und Humanitäre Hilfe.

Aber was steht dann der Strategie-fähigkeit entgegen? Die Ressort-

egoismen, die Angst- und Kontrollkultur in den Ministerien, die Loyalität der Regierungsparteien im Bundestag gegenüber ihrer Regierung, die Angst der Abgeordneten, nicht mehr von den Parteigremien aufgestellt zu werden. Zudem: der vorausseilende Opportunismus staatlich alimentierter Thinktanks. Die Konfliktforschung ist wiederum denkbar entrückt von Realentwicklungen, das heißt für die Antizipation von Krisenentwicklungen meist irrelevant. Warum sich den Kopf verrenken, wenn wir für den Frieden sind? Die Corona-Pandemie ist emblematisch. Erst wenn eine Krise nicht mehr zu leugnen ist, geben Politiker gemeinsam ihr Privileg auf, nicht lernen zu müssen.

Auch die neue Bundesregierung dürfte in jede Krise unvorbereitet hineintappen, die Beschlusslage bekräftigen, zum Dialog auffordern und Geberkonferenzen einberufen, solange nicht erkannt wird, dass strategisches Handeln unabhängig vom tagesaktuellen Krisenmanagement ist. Die Ressorts werden von sich aus nie strategiefähig.

Die neuen Koalitionäre wollen binnen Jahresfrist eine Strategie vorlegen

Nur durch qualifizierte Debatten im Bundestag kann der Wahrnehmungshorizont auf längerfristige Trends gerichtet werden. Nur durch kontroverse Debatten kann die Bevölkerung außenpolitische Orientierung gewinnen.

Die Politikverdrossenheit und das Institutionenmisstrauen lassen sich nur mindern, wenn der Bundestag nicht mehr die Mandatierung von Auslandseinsätzen im Minutentakt durchwinkt. Mit der Ära Merkel muss die delegative Politik, die Demobilisierung des Publikums von oben, ein Ende finden.

Krisenlernen kann nur stattfinden, wenn es unabhängig ist und die Grundannahmen des eigenen Handelns infrage stellen darf. Strategische Vorausschau unterscheidet sich von Krisen- und Erwartungsmanagement. Länder wie Finnland, die Niederlande, Kanada oder Südkorea und der neu installierte EU-Kommissar für strategische Vorausschau zeigen, dass es auch anders ginge. Vergleichbar dem Rat der Wirtschaftsweisen könnte in Deutschland strategische Vorausschau betrieben werden. Das wird funktionieren, wenn der Bundestag seine Rolle als Ort für politische Debatten, für die Mandatierung und Rechenschaftslegung der Bundesregierung, für die informierte Kommunikation mit der Öffentlichkeit ernst nimmt und dafür auch qualifiziert ist.

Um seine verfassungsmäßige Aufgabe wahrnehmen zu können, sollte der Bundestag einen Rat für Strategische Vorausschau mandatorien. Dessen Aufgabe wäre es, differierende Koalitionsinteressen zu überbrücken und eine kohärente deutsche Regierungspolitik zu fördern. Er würde Interessen und Strategieoptionen identifizieren. Die Politik kann Vorausschau nutzen, um zu verdeutlichen, wo Gefahren für eigene Werte und Interessen lauern, um die Öffentlichkeit über potenzielle Risiken zu informieren. So kann veranschaulicht werden, welche langfristigen Interessen das politische Handeln leiten.

Die Bundestagsabgeordneten sollten ertüchtigt werden, ihre Aufsicht über die Regierung auszuüben und damit das Vertrauen der Bürger in die Funktionsfähigkeit demokratischer Institutionen zu stärken. Dies ist in der neuen Legislaturperiode langfristige Trends und leitet daraus Szenarien für die kommenden zehn bis 15 Jahre ab. In Großbritannien gibt es den Foresight-Prozess mit parallel laufenden Studien und konkreten Handlungsempfehlungen. Auch die Nie-

derlande und Österreich haben die Vorausschau institutionalisiert.

Vorhersagen gründen meist auf Fortschreibungen der Gegenwart, Analogien zur Vergangenheit oder Alarmismus. Sachverständige liegen nicht selten daneben oder betreiben nur Monitoring. Zukunftsszenarien sind meist vage, essayistisch oder irreführend. Ein Rat für Strategische Vorausschau könnte trotzdem einen Unterschied machen. Megatrends, Bedrohungen, Risiken, kritische Unsicherheiten und eigene Prioritäten müssten identifiziert werden. Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass Ereignisse eintreten, was müssen wir heute tun? Vorausschau sollte nicht mit „kann sein, kann auch nicht sein“ alles im Ungefähren belassen, sondern wie der Wetterbericht unser Entscheidungsverhalten in der Gegenwart beeinflussen.

Durch Vorausschau kann veranschaulicht werden, welche Interessen das politische Handeln leiten, und dieses effektiver gestalten. Experten würden kontinuierliche Analysen globaler Trends und Herausforderungen vorlegen, über die öffentlich diskutiert würde. Bei regelmäßigen Anhörungen im Bundestag könnten sich Abgeordnete mit den Ansichten von Verbündeten und Nachbarn vertraut machen. Die Politik könnte Szenarien nutzen, um zu verdeutlichen, wo Gefahren für eigene Werte und Interessen lauern, um die Öffentlichkeit über potenzielle Risiken zu informieren und darauf vorzubereiten. Wer aus Afghanistan, der Handlungsblockade der EU, den Gewaltkonflikten im Nahen Osten und dem flächendeckenden Zusammenbruch von Staatlichkeit in Subsahara-Afrika keine Konsequenzen für die Vorausschau und eigene strategische Optionen zieht, wird nur moralisierender Zaungast sein.

— James Bindenagel ist ehemaliger US-Botschafter und forscht als Senior-Professor am Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies der Universität Bonn. Andreas Heinemann-Grüder ist als Politikwissenschaftler ebenfalls Professor an der Universität Bonn.

Lindner im Amt Alles drin

Nun ist er es, Bundesminister der Finanzen, da gibt es kein Zurück mehr. Christian Lindner muss sich bewähren, gleich dreifach. Da ist alles drin.

Er muss erstens zeigen, dass er dem komplexen Amt gewachsen ist. (Was, nebenbei, an Hans Eichel erinnert, unter Gerhard Schröder Finanzminister, der anfangs auch nur von Steuern etwas verstand.) Dann, zweitens, muss Lindner der FDP noch als Parteichef zur Verfügung stehen. Da gilt: Scheitert Lindner daran, alle Anforderungen unter einen Hut zu bringen – wozu auch die Funktion des Vize-Vizekanzlers zählt –, scheitern die Freien Demokraten. Zumal die FDP, dritte Bewährungsprobe, dafür öffentlich haftar gemacht werden wird, dass diese Regierung sowohl die Schuldenbremse im Grundgesetz (ohne Trickserei) einhält, als auch die nötigen Milliardeninvestitionen stemmt.

Eines hat Lindner immerhin schon richtig gemacht: Er lässt Sach- und Fachkunde bei der Besetzung von Posten entscheiden, nicht das Parteibuch. Bei den Staatssekretären ist es eine bunte Mischung. Und parteilos ist der, der Brüssel aus dem Effek kennt und fast Angela Merkels Wirtschaftsberater geworden wäre.

Vergnügenssteuerpflichtig ist das Amt trotz allem nicht. Aber Lindner hat es so gewollt. Er sollte wissen: Abgerechnet wird nicht erst zum Schluss. cas

Bundespräsident Wählerisch

Die ersten Namen derer, die als Nicht-Fachleute im Februar über den Bundespräsidenten abstimmen dürfen, tropfeln ein. Die hessischen Grünen nominieren beispielsweise die Virologin Sandra Ciesek und Serpil Temiz Unvar, eine der Hinterbliebenen des Anschlags von Hanau. Die niedersächsische SPD setzt dagegen voll auf Entertainment und schickt Klaas Heufer-Umlauf, Thees Uhlmann und Denise M'Baye. Das sind ein TV-Moderator, ein Musiker und eine Schauspielerin. Sie sollen als bunte Promis die Bundesversammlung aufpeppen, die diesmal parallel zum Bundestag auf Rekordmaß wächst, da sie sich aus den Bundestagsabgeordneten und einer gleichen Anzahl von Delegierten der Landesparlamente zusammensetzt. Man kann diese Showbiz-Tupfer mit guten Gründen fragwürdig finden.

Wenn themen- und sachferne Menschen mit über den Bundespräsidenten abstimmen können, warum dann ausgerechnet welche aus dem Rampenlicht? Schlecht gelaunt könnte man das billige Effekthascherei nennen. Warum nicht stattdessen verdiente Bürgerinnen und Bürger einladen, wie der Bundespräsident selbst sie regelmäßig ehrt. Oder zufällig, so wie bei Meinungsumfragen? Oder Menschen wie Serpil Temiz Unvar. Sie alle könnten die Wahl besser erörtern – und den Gewählten der Bevölkerung näher bringen. ari

Handgefertigte Geschenke aus Manufakturen

designimdorf „Vogelfutterhaus“

Hier finden Amsel, Drossel, Fink und Star in gut bedachter Futterstelle alles was ihnen den Winter erträglich macht.

Holzboden mit rotem Acryldach zum Hängen und Edelstahlbügel. 23 x 17 x 17 cm

59,95 €
Bestellnr. 20536

Windlicht „WeinLicht“

Stimmungsvoll und außergewöhnlich: Fair produziert in Werkstätten für Menschen mit Behinderung.

7,5 x 28 cm

je 29,90 €
klar | Bestellnr. 3402
grün | Bestellnr. 3403

„Buchleser“ und „Weihnachtsmann“

Der Buchleser schaukelt auf seinem kleinen Dekorrahmen, tief versunken in einem Buch.

Der Weihnachtsmann sorgt für beschwingte weihnachtliche Stimmung in Ihrem Zuhause.

Buchleser: Höhe 11 cm Weihnachtsmann: Höhe 30 cm

18,90 € **49,50 €**
Bestellnr. 20415 Bestellnr. 19946

shop.tagesspiegel.de

Bestellen Sie auch gerne telefonisch unter (030) 290 21-520 oder schicken Sie Ihre Anfragen an shop@tagesspiegel.de. Preise inkl. MwSt., zzgl. 5,95 € Versandkosten, Produkte aus dem Kunst- und Schmuckbereich 9,95 €, Sperrgut 24,95 €. Anbieter: Verlag Der Tagesspiegel GmbH, Askaniischer Platz 3, 10963 Berlin

Finden Sie für jeden das passende Präsent mit unserem Geschenkfinder: shop.tagesspiegel.de/geschenkkinder

SHOP TAGESSPIEGEL